

# Schlaraffenland ist abgebrannt

Montag, 03.11.2014 · von FOCUS-Redakteur Alexander Wendt

Lange galt Windkraft dank Subventionen als sicheres Geschäft. Mittlerweile verlieren Anleger massiv Geld - weil sie die Fallstricke übersehen.

So schnell verschwinden Überzeugungen nicht. „Ich bin immer noch ein Befürworter der erneuerbaren Energien“, sagt der Dresdner Ingenieur Wolfgang Strübing. Das sehen auch der Berliner Politologe Christian Herz und der Kasseler Steuerprüfer Werner Daldorf so. Die drei verbindet einiges: Sie gehören zu den Zehntausenden Deutschen, die ihr Geld in Windkraftanlagen steckten. Und sie sitzen im Anlegerbeirat des Bundesverbands Windenergie.

Von der Verbandsspitze argwöhnisch beäugt, begannen sie vor Jahren, aus ganz Deutschland Material über Tricks, Fallen und falsche Versprechungen in der Windkraftbranche zu sammeln. Das Trio besitzt inzwischen zu diesem Thema den mit Abstand größten Datenschatz in Deutschland. Und danach erweisen sich viele der rund 24 000 Windräder als Kapitalvernichter - trotz massiver Subventionen. Das Öko-Schlaraffenland, in dem Windräder als narrensichere Anlage galten, ist abgebrannt.

Werner Daldorf, Vorsitzender des Anlegerbeirats im Windkraftverband, untersuchte über den Zeitraum von zehn Jahren 1400 Jahresabschlüsse von 192 Windparks in Deutschland. Sein ernüchterndes Fazit:

37 Prozent der Windparks verbrannten das Geld ihrer Anleger: „Die Darlehenstilgung war höher als die erwirtschafteten Mittel.“

Nur 35 Prozent der Windunternehmen schütteten zwei oder mehr Prozent Rendite an ihre Anleger aus. Von den Windparks mit Fondsstruktur liegen sogar zwei Drittel im Defizit oder decken gerade die laufenden Kosten, so Daldorf.

Sein Kollege Christian Herz wertete die Bilanzen und Satzungen von 1400 Windkraftfonds aus. Ergebnis: „Zwei Drittel liegen weit unter der Ertragsprognose.“ In ebenso vielen Fällen seien die Mitbestimmungsrechte der Investoren „auf ein Minimum reduziert“.

Nicht nur Genossenschaften und Windfonds fahren Verluste ein, sondern auch größere Investoren. Die Stadtwerke Mainz etwa steckten gut 70 Millionen Euro in insgesamt 24 Windräder. Nur vier davon konnten die Gewinnprognose erfüllen, 20 verfehlten sie. Etliche von ihnen drehen sich sogar im roten Bereich. Die Stadtwerke räumen „leichte Verluste“ ein.

Ganz ähnlich erging es den Stadtwerken Erlangen. Dort ließ das Management drei Rotoren errichten, die überwiegend rote Zahlen lieferten. Das Unternehmen musste 3,8 Millionen Euro abschreiben.

Selbst ein Branchenpionier, der Windparkprojektierer und -betreiber Juwi aus dem rheinlandpfälzischen Wörrstadt, steckt tief im Minus. Noch im vergangenen Jahr erklärte Mitgründer Matthias Willenbacher, er werde seine Firma zum Dank an alle deutschen Energiegenossenschaften verschenken, wenn Kanzlerin Angela Merkel die Energiewende zum Erfolg führe. Im Sommer 2014 musste Willenbacher gut 450 Mitarbeiter seines schwer

angeschlagenen Unternehmens entlassen und einen Investor in das Familienunternehmen holen.

Auf Anfrage von FOCUS antwortet Juwi, die Bilanz für 2013 müsse noch testiert und „ein Punkt in der Bewertung von Anlagen“ geklärt werden. Einen Millionenverlust bestreitet das Unternehmen allerdings nicht. Ergebnisse der Juwi-Schwesterfirma IPP, die von Juwi projektierte Windparks betreibt, gibt das Management nicht bekannt.

Viele Stromkunden dürften sich fragen, wie das Geschäft mit Windrädern überhaupt schiefgehen kann. Schließlich kassieren die Betreiber für die Energie über 20 Jahre hinweg feste Einspeisevergütungen, die deutlich über Marktniveau liegen. Derzeit finanzieren die Verbraucher über die EEG-Umlage einen Abnahmepreis von acht bis neun Cent pro Kilowattstunde - gut das Doppelte des Börsenstrompreises. Die Fördermittel für Windkraftstrom aus Anlagen an Land summieren sich allein 2014 auf etwa 4,7 Milliarden Euro.

Doch selbst Milliardensubventionen helfen nicht, wenn der Wind schwach weht, wenn Unternehmen schlecht planen und windige Anbieter in dem politisch angefachten Grün-Boom Kasse machen - zu Lasten der Anleger.

Nahezu alle betroffenen Fonds, Genossenschaften und Stadtwerke klagen, die Windprognosen von Gutachtern seien in der Vergangenheit flächendeckend viel zu optimistisch ausgefallen. Vor allem in Süddeutschland redeten Planer offenbar gleich reihenweise Schwachwindzonen zu Spitzenstandorten hoch.

Bernhard Wieland, Geschäftsführer mehrerer Windparks des Freiburger Fondsanbieters „Das grüne Emissionshaus“, spricht von „Fehlern der Vergangenheit“: Zwischen 2000 und 2005 sei das Windangebot im grenzenlosen Öko-Optimismus „komplett überschätzt worden“.

Von den zwölf Fonds des Emissionshauses, so Wieland, seien mittlerweile zwei mit Abschlägen verkauft worden. Die Investoren hätten immerhin 90 Prozent ihrer Einlagen zurückbekommen. Von den verbliebenen würden immerhin „mehr als die Hälfte“ nach Plan ausschütten. Nach einem Anlegerparadies klingt das nicht.

Tatsächlich entscheidet das schwer kalkulierbare Naturprodukt Wind darüber, ob eine Anlage schwarze oder rote Zahlen schreibt. Die Vergleichsmarke dafür lautet Volllaststunden - rechnerische Stunden pro Jahr, in denen ein Rad die Maximalleistung liefert. Und diese Leistung fällt in Deutschland sehr deutlich von Nord nach Süd ab: Auf Windplattformen in der stürmischen Nordsee liegt sie im Schnitt bei 3092 Volllaststunden. Im hügeligen Rheinland-Pfalz sind es 1503, im windschwachen Baden-Württemberg nur noch 1315.

Da ein Jahr 8760 Stunden zählt, entsprechen 2000 Volllaststunden gerade einer Auslastung der Anlage von 23 Prozent. Wenn im ohnehin flautenreichen Süden der Wind auch noch schwächer bläst als berechnet, gerät eine Anlage betriebswirtschaftlich schnell ins Trudeln. Denn subventioniert wird nicht das Windrad selbst, sondern der damit produzierte Strom.

Daldorf und seine Mitstreiter bestehen allerdings darauf, dass es nicht nur am Wind liegt, wenn Rotoren Geld vernichten. Der politisch angefachte Windkraftboom trieb in den vergangenen Jahren auch die Pachtpreise horrend nach oben. Selbst an schwachen Standorten verlangen Landeigentümer 40 000 Euro pro Windrad und Jahr, für Spitzenlagen sogar bis zu

100 000 Euro. Gut acht bis 13 Prozent des Umsatzes, rechnet Werner Daldorf vor, gehen deshalb schon für die Pacht drauf.

Das Hauptproblem sieht er allerdings in der Struktur vieler Projekte: Die Initiatoren von Fonds verdienen schon um die fünf Prozent durch den sogenannten Ausgabeaufschlag des Anteils. Oft übernehmen sie dann noch das Management des Parks - und kassieren dafür im Schnitt vier Prozent des Stromumsatzes. „Meist sind die Verträge so raffiniert gestrickt, dass die Investoren das Management gar nicht loswerden können“, weiß Daldorf.

Anlegerschützer Herz erlebte als Investor, wie manche Fonds-Initiatoren auf die gekauften Windräder noch einen Aufschlag zum eigenen Vorteil addierten. „Wenn man genau hinschaut“, meint Herz, „dann sind manche Projekte schon durch mindestens zwei Hände gegangen.“

Fonds-Initiatoren verdienen meist schon, bevor das Rad überhaupt über dem Acker rotiert. Dreht es dann in die roten Zahlen, kassiert das Management weiter, genauso wie der Verpächter des Geländes. Den Verlust tragen allein die Anleger.

Oft verkaufen die Initiatoren einen durch die Anleger bereits voll finanzierten Defizit-Windpark auch noch mit großem Abschlag weiter - zum Schaden der Investoren.

Wolfgang Strübing klagte in einem solchen Fall zusammen mit anderen Investoren auf Schadenersatz gegen den Geschäftsführer der Cuxhavener Umwelt Management AG, Uwe Leonhardt. Strübing musste den Fall bis zum Bundesgerichtshof durchfechten, bekam aber Recht. „Es gibt leider viele Scharlatane, die auf dem grünen Ticket unterwegs sind“, resümiert Herz seine Erfahrungen mit Windkraftfonds - ein Urteil, das auch seine beiden Kollegen uneingeschränkt teilen.

Das Trio sitzt im Bundesverband Windenergie zusammen mit den Fondsbetreibern, die sie kritisieren. Entsprechend gewunden reagiert Henning Dettmer, Bundesgeschäftsführer des Verbands: Er kenne die Statistiken von Daldorf und Herz, es handle sich aber „nicht um offizielle Zahlen des Verbandes“. Dettmer räumt ein, dass bisher noch keiner behauptet habe, die Zahlen seien falsch.

Auch Eveline Lemke, die grüne Wirtschaftsministerin von Rheinland-Pfalz, will die Verluste vieler Windparks nicht bestreiten. Lemke treibt trotzdem die Windkraftinvestitionen in ihrem Land eisern voran. Sie verfolgt einen großen Plan: Bis 2030 soll sich das Land an Rhein und Mosel komplett mit Grünstrom versorgen, drei Viertel davon sollen von Windturbinen kommen.

Zu den roten Bilanzen vieler Windparks sagt die Ministerin: „Wir kennen die Zahlen für Winderträge. Sie erstaunen uns nicht. Jede Technologie hat am Anfang eine Pionierphase, die nicht immer wirtschaftlich ist. Deshalb werden solche Phasen auch gefördert.“ Heute sei die Technologie aber weiter. Ihr Land habe genügend gute Windstandorte.

Bürgerinitiativen protestieren in Rheinland-Pfalz vor allem gegen geplante Windparks in Wäldern und Schutzgebieten. Ihr Argument: Wenn das Risiko besteht, dass die Räder Verluste produzieren, gibt es keinen Grund, sie gerade im windschwachen Rheinland-Pfalz zu forcieren.

„Sie argumentieren wie die Atom- und Kohlelobby“, meint Lemke auf die FOCUS-Frage, warum sie solche Einwände nicht ernst nehme. „Der Klimawandel wartet nicht. Wir haben die Energiewende in Rheinland-Pfalz so geregelt, dass Klimaschutz, Landschafts- und Naturschutz vereinbar sind.“ Auf die Frage, warum sie so viel Windkraft in Süddeutschland wünscht, während in Norddeutschland schon jetzt Windstromüberschüsse anfallen, hat sie auch eine Antwort: „Wenn wir den Strom selber erzeugen, wo wir ihn verbrauchen, sparen wir uns aufwendigen Trassenbau. Außerdem bleibt die Wertschöpfung in der Region.“

So sieht es auch Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der bis 2020 im Ländle 1100 neue Rotoren will. „Die Regierung hat das so entschieden“, blaffte Kretschmann kürzlich Demonstranten an, „und so wird es auch gemacht.“

24 000 Windräder stehen derzeit in Deutschland. Ca. 40 Mrd. Euro investierten Fonds, Genossenschaften und Unternehmen bisher in Windparks. 66 % der Windfonds laufen einer Untersuchung zufolge defizitär oder schütten zumindest keine Rendite aus.

Vorsicht, Fallen! Wer in Windkraft investieren will, sollte sehr genau hinschauen und rechnen. Unsicher wie das Wetter **Anleger sollten wissen**, dass Investitionen in Windfonds mit einem Totalverlust enden können. „Als Altersvorsorge sind sie generell nicht geeignet“, sagt Ulrike Brendel, Anlagespezialistin der Verbraucherzentrale Bremen. „Von einer Beteiligung an Geschlossenen Fonds raten wir Kleinanlegern grundsätzlich ab.“ Grauer Finanzmarkt Viele Beteiligungsformen an Windkraft - Geschlossene Fonds, Genussscheine, Unternehmensanleihen - gehören zum sogenannten grauen Kapitalmarkt. Die Sicherheitsanforderungen liegen dort niedrig, Aufsichtsbehörden kontrollieren nur die formale Richtigkeit von Prospekten. Fußfänger für Investoren In etlichen Fonds können Investoren nur wenig mitbestimmen. Das Management sichert sich oft den Einfluss durch sogenannte Mehrstimmrechte - Stimmrechte ohne eigene Kapitaleinlage. Deshalb: Satzungen sehr genau studieren. Energiegenossenschaften Manche Genossenschaften verpflichten Mitglieder dazu, bei schlecht laufenden Projekten Geld nachzuschießen. Einige verlangen höchst unsichere Nachrangkredite. In beiden Fällen gilt: **Finger weg!**

Mehr zum Thema: Alexander Wendt, „Der grüne Blackout“, 167 Seiten, bei Amazon 9,99 Euro